

## Hinweise zu datenschutzrechtlichen Bestimmungen

Die folgenden Informationen erläutern Art, Umfang und Zweck der Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten sowie Ihre diesbezüglichen Rechte im Zusammenhang mit einem Antrag nach dem Sozialgesetzbuch Vierzehntes Buch - Soziale Entschädigung - (SGB XIV), dem Häftlingshilfegesetz (HHG), Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG), Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG), Anti-D-Hilfegesetz (AntiDHG), Unterstützungsabschlussgesetz (UntAbschlG).

### 1. Verarbeitungszweck und Rechtsgrundlage

Ihre personenbezogenen Daten werden zur Bearbeitung Ihres Antrages erhoben, gespeichert und verarbeitet.

Ihre Angaben sind freiwillig. Sofern Sie keine Angaben oder keine vollständigen Angaben machen, können wir Ihren Antrag nicht abschließend bearbeiten und damit über Ihren Leistungsanspruch grundsätzlich nicht entscheiden.

In Abhängigkeit der von Ihnen beantragten Leistung werden, **sofern erforderlich**, auch Daten von Bundes-, Landes-, Kommunal- und Justizbehörden sowie weiteren öffentlichen Stellen, behandelnden Ärzten, Therapeuten, Arbeitgebern und Geldinstituten etc. erhoben, gespeichert und verarbeitet.

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 a) und e), Art. 9 Absatz 2 a) und b) Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), § 4 Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetz Sachsen-Anhalt (DSAG LSA), § 35 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) und die §§ 67 ff. Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X).

### 2. Dauer der Datenspeicherung

Ihre Daten werden entsprechend § 67 c SGB X so lange gespeichert, wie dies für die jeweilige Aufgabenerfüllung notwendig ist. Die Speicherzeit beginnt mit der Antragstellung und endet mit dem Abschluss der Aufgabenerfüllung. Eine darüberhinausgehende Speicherung erfolgt ausschließlich zur Erfüllung verwaltungsrechtlicher Aufbewahrungsfristen. Die Aufbewahrungsfristen liegen je nach Sachverhalt zwischen 1 und 30 Jahren. Anschließend werden die Daten gelöscht. Dies gilt nicht, sofern gesetzliche Bestimmungen einer Löschung entgegenstehen, die weitere Speicherung zum Zwecke der Beweisführung erforderlich ist oder Sie einer längeren Speicherung ausdrücklich zugestimmt haben.

### 3. Datenverarbeitung

Ihre Angaben und personengebundenen Daten werden u.a. in elektronischer Form erfasst, gespeichert und verarbeitet. Hierzu werden auch Programme von verschiedenen IT-Dienstleistern im Rahmen der Auftragsverwaltung genutzt (z.B. Fa. DATAPORT).

Ihre personenbezogenen Daten werden - soweit erforderlich - an

- Gutachterinnen/Gutachter, die vom Landesverwaltungsamt mit der medizinischen Begutachtung beauftragt worden sind
- andere Sozialleistungsträger für deren eigene gesetzliche soziale Aufgabenwahrnehmung im Sinne des § 35 SGB I
- andere Behörden (z.B. Meldebehörden, Staatsanwaltschaft, Finanzbehörden)
- Gerichte der Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit
- andere am Verwaltungsverfahren beteiligte Einrichtungen und Personen (z.B. Heime, Zeugen, Arbeitgeber, Banken etc.)

übermittelt.

Sofern sich eine Gewalttat nach dem SGB XIV außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ereignet hat bzw. Sie Ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben, werden zur Aufklärung des Sachverhaltes und Bearbeitung Ihres Antrages personenbezogene Daten an die entsprechenden Stellen im betroffenen Land übermittelt, soweit dies erforderlich ist. Es wird darauf hingewiesen, dass das Datenschutzniveau des Drittlandes unterhalb dem der Europäischen Union liegen kann.

Es steht Ihnen jederzeit frei einer derartigen Weitervermittlung formlos zu widersprechen.

#### 4. Ihre Rechte

Sie haben ein Recht auf

- **Auskunft** über Ihre Daten, die wir gespeichert haben.
- eine **kostenlose Kopie** Ihrer Daten.
- **Berichtigung** Ihrer Daten, wenn sie unrichtig sind.
- **Vervollständigung** Ihrer Daten, sofern sie unvollständig sind.
- **Löschung** Ihrer Daten, wenn diese nicht mehr benötigt werden (z.B. Rücknahme Antrag bzw. wenn Datenverarbeitung widersprochen wird).
- **Einschränkung** der Verarbeitung Ihrer Daten (z.B. wenn verlangt wurde, Daten zu berichtigen).
- **Widerspruch** gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.
- **Widerruf** der Einwilligung der Verarbeitung Ihrer Daten.

Der Widerruf bzw. die Einschränkung wirkt ab dem Zeitpunkt der Erklärung und gilt nicht rückwirkend. Er macht die vor dem Widerruf bzw. der Einschränkung stattgefundene Verarbeitung Ihrer Daten nicht rechtswidrig. Ein Widerruf bzw. eine Einschränkung der Datenverarbeitung kann dazu führen, dass dem Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt nicht alle für die Bearbeitung erforderlichen Informationen vorliegen und aufgrund dessen Leistungen ganz oder teilweise versagt oder entzogen werden müssen.

#### 5. Verantwortlicher für die Datenerfassung, Datenschutzbeauftragter, Aufsichtsbehörde

Verantwortlicher für die Verarbeitung Ihrer Daten ist das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt.

Fragen in datenschutzrechtlichen Angelegenheiten können Sie an folgende Ansprechpartner richten:

Landesverwaltungsamt, Referat Soziales Entschädigungsrecht, 06096 Halle  
**oder** PF 1963, 39009 Magdeburg  
Telefon Halle: (0345) 514-0 **oder** Telefon Magdeburg: (0391) 567-0  
E-Mail: [poststelle@lvwa.sachsen-anhalt.de](mailto:poststelle@lvwa.sachsen-anhalt.de)

Behördlicher Datenschutzbeauftragter:  
Landesverwaltungsamt  
Datenschutzbeauftragter  
06096 Halle (Saale)  
Telefon: (0345) 514-0  
E-Mail: [poststelle@lvwa.sachsen-anhalt.de](mailto:poststelle@lvwa.sachsen-anhalt.de)

Ein **Beschwerderecht** besteht bei dem Landesbeauftragten für Datenschutz Sachsen-Anhalt unter folgenden Kontaktdaten:

Landesbeauftragter für den Datenschutz Sachsen-Anhalt  
Otto-von-Guericke-Str. 34a  
39104 Magdeburg  
Telefon: (0391) 81 803-0  
E-Mail: [poststelle@dfd.sachsen-anhalt.de](mailto:poststelle@dfd.sachsen-anhalt.de)